



Allgemeine Informationen

Die "Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten" ist ein Bündnis europäischer und nationaler sozialdemokratischer Parteien. Sie setzt sich größtenteils aus Mitgliedern der "sozialdemokratischen Partei Europa", wo u. a. die "SPD" Vollmitglied ist, sowie zum kleineren Teil aus anderen nationalen sozialdemokratischen Parteien zusammen. Mit 137 Abgeordneten aus 26 EU-Staaten stellt sie die zweitgrößte Fraktion im Europäischen Parlament dar. Iratxe Garcí Pérez ist seit 2019 als Fraktionsvorsitzende im Amt.

Grundüberzeugungen

Wie der Name der Fraktion schon vermuten lässt, liegen die Grundüberzeugungen der Fraktion in der Sozialdemokratie und dem Progressivismus.

Die S&D Fraktion macht sich v.a für die Rechte von Arbeitnehmer*innen stark. Auch setzt sie sich für Feminismus und Klimaschutz ein.

Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes, der Hautfarbe, Sexualität, Religion oder Herkunft verurteilt die Fraktion aufs schärfste.



Fraktion

Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D)

Größe: 137 Abgeordnete bzw. 20% der Sitze

Fraktionsvorsitzender:
Iratxe García Pérez

Internetseite:
www.socialistsanddemocrats.eu

[JURI]

Wir als Sozialdemokraten stehen für eine starke EU, die ihre Rechtsmittel vollständig ausschöpft. Das bedeutet, die Wahrung der Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, der Gleichheit vor dem Gesetz sowie der Gewaltenteilung ist für uns eines der wichtigsten Dinge. Für uns ist klar, um den Zugang zu EU-Fördermitteln zu erhalten, muss die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und das Bekennen zu den Grundwerten der Europäischen Union eine Voraussetzung sein. Der Europäische Gerichtshof muss weiterhin und noch verstärkter gegen solche Verletzungen des Rechts vorgehen und in Beschleunigten Verfahren zu einem Urteil kommen.

[FEMM]

Die Geschlechtergleichstellung steht im Zentrum unserer Arbeit – wir haben sie bei allem, was wir tun, immer als wichtiges Ziel und einen unserer Grundwerte im Blick, weil wir wissen, dass geschlechtergerechte Gesellschaften nicht nur Frauen nutzen – sie sind glücklicher, gesünder, sicherer, gerechter und erfolgreicher. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Grundrecht, das in den Römischen Verträgen von 1957 und auch in der



Grundrechtecharta verankert ist, zudem ist sie ein Leitprinzip in der europäischen Säule sozialer Rechte. Obwohl die EU bei der Geschlechtergleichstellung weltweit an der Spitze steht, hat bislang kein Mitgliedstaat die volle Gleichstellung von Mann und Frau erreicht. Die Fortschritte sind bislang sehr schleppend und zudem unzureichend, sowohl in der EU als auch global. Deswegen gibt sich die Sozialdemokratische Fraktion mit dem Erreichten nicht zufrieden, wir müssen den Kampf im Gegenteil noch verstärken. Die Sensibilisierung für das Thema reicht nicht aus: Wir fordern die Europäische Kommission und alle EU-Mitgliedstaaten auf, bei allen Maßnahmen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene sowie bei der Haushaltsplanung auf allen Ebenen auf Geschlechtergleichstellung zu achten. Dazu zählt für uns das Frauen Wirtschaftlich unabhängig sein müssen, sie das Recht haben über ihren Körper zu Entscheiden und auch das Recht auf Abtreibung haben. Für uns gilt auch Liebe ist einfach Liebe. Alle Menschen haben das Recht, zu lieben, wen sie wollen, und darauf, sie selbst zu sein.

[LIBE]

Die Migration und die Flüchtlingskrise stehen seit einiger Zeit ganz oben auf der EU-Agenda. Die Europäische Union war nicht imstande, einen langfristigen Plan zu entwickeln. Unsere Fraktion hat sich konsequent für humanitäre Lösungen stark gemacht. Wir haben ein integriertes Migrationskonzept auf der Grundlage von Solidarität und gemeinsamer Verantwortlichkeit verfochten und uns für die Achtung der Grundrechte, einen ausgewogenen Ansatz gegenüber Drittländern und eine positivere Sicht dessen, was die Migration bieten kann, eingesetzt. Wir fühlen uns der Verteidigung von Minderheiten stark verpflichtet und haben konsequent gegen Antisemitismus angekämpft. Wir werden unseren Kampf für die Achtung der Roma und für die Rechte und die Würde der LGBTI-Personen (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Intersexuelle) fortsetzen.

Die S&D Fraktion setzt sich für die Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und EU-Werte in der EU ein. Sie fordert einen starken Mechanismus zur Überwachung dieser Prinzipien und unterstützt Maßnahmen gegen Angriffe auf die Demokratie, insbesondere in Ungarn und Polen. Die Fraktion betont die Bedeutung der Meinungs- und Pressefreiheit für die Demokratie und fordert deren Schutz.

Wir in der S&D Fraktion lehnen Mauern und Zäune ab und setzen uns für einen pragmatischen Ansatz zur Migration und Grenzschutz ein. Der freie Personenverkehr im Schengenraum ist uns wichtig. Wir unterstützen einen koordinierten Schutz der EU-Außengrenzen und fordern eine proaktivere Rolle der EU-Grenzschutzagentur bei Rettungsaktionen im Mittelmeer. Außerdem haben wir die Schaffung eines EU-weiten Einreise-/Ausreisensystems befürwortet, um illegale Einreisen zu verhindern und legale Reisen zu erleichtern.



[AFCO]

Wir als Sozialdemokraten, haben hart dafür gearbeitet, Europa besser abzubilden. Wir haben die Gesetze reformiert, um die Verbindung zwischen nationalen Parteien und Kandidaten bei EU-Wahlen zu stärken, das Spitzenkandidaten-Verfahren zu festigen und die Europawahlen zu europäisieren. Zudem haben wir für mehr Transparenz im EU-Entscheidungsprozess gekämpft und neue Regeln für Unternehmen und Organisationen eingeführt, die EU-Gesetze beeinflussen wollen. Wir haben uns auch für die Öffnung des Trilog-Verfahrens eingesetzt, um neue EU-Gesetze transparenter zu gestalten.

Wir unterstützen eine enge Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich, aber jedes Abkommen muss ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Rechten und Pflichten gewährleisten. Dabei müssen grundlegende Prinzipien beachtet werden: Drittländer können nicht die gleichen Rechte haben wie Mitgliedsstaaten, die EU muss ihre Eigenständigkeit bei Entscheidungen bewahren, die Integrität des Binnenmarktes und finanzielle Stabilität müssen geschützt werden, und es muss Wettbewerbsgleichheit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich herrschen.